



BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

XXII. GP.-NR

526 /AB

2003 -07- 31

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

zu 472 J

GZ: 40.001/30-1/03

Wien, 23. Juli 2003

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 472/J vom 3. Juni 2003 der Abgeordneten zum Nationalrat Theresia Haidlmayr, Freundinnen und Freunde (Die Grünen), wie folgt:

Das Jahr 2003 wurde mit Beschluss der Sozialministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten am 3. Dezember 2001 zum **Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB)** erklärt (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 335/15 vom 19. Dezember 2001, Seiten 15-20). Im Zusammenhang damit hat mein Ressort die Kommunikationsagentur com_unit (Wien) mit der organisatorischen Umsetzung des EJMB 2003 in Österreich beauftragt.

Zu Frage 1 und 2

Der **Werkvertrag** zwischen dem Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (ehemals Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen) und com_unit Agentur für Kommunikation vom 31. Oktober 2002 lautet in Punkt 1.1: „Der Auftraggeber erteilt und der Auftragnehmer übernimmt den Auftrag für die organisatorische Umsetzung des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003 in Österreich.“ Der Vertrag kann aus rechtlichen Gründen (Datenschutz und Urheberrecht) nicht vollinhaltlich weitergegeben werden.

Zu Frage 3, 4, 5, 6 und 7

Die in Ihrer Anfrage geschilderten **Manipulationen** sind dem BMSG nicht bekannt und werden von der Agentur com_unit bestritten.

Com_unit musste sich schon bei der Bewerbung um den Auftrag mit Unterschrift verpflichten, die arbeits- und lohnrechtlichen Bestimmungen des BMSG zu akzeptieren. Danach hat sich com_unit dem BMSG gegenüber **ausdrücklich verpflichtet**, bei der Durchführung des Auftrages die in Österreich geltenden **arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften einzuhalten**.

Dem BMSG liegen **keine Belege** vor, die eine Nichteinhaltung dieser Vorschriften beweisen würden. Es gilt daher für die Agentur com_unit die **Unschuldsvermutung**. Eine Auflösung des Dienstleistungsvertrages BMSG/com_unit wäre derzeit nicht gerechtfertigt. Zur Überprüfung der Vorwürfe in der parlamentarischen Anfrage hat mein Ressort die zuständige **Staatsanwaltschaft, Sozialversicherungsanstalt und Finanzbehörde** informiert und um Prüfung ersucht.

Zu Frage 8, 11 und 12

Com_unit hat bisher eine erste Teilzahlung als **Anzahlung** in der Höhe von **200.000 €** erhalten.

Die Leistungen werden aufgrund der vorgelegten Unterlagen und Belege abgenommen werden. Der Werkvertrag sieht vor, dass von com_unit alle Leistungen und Posten **einzelnd abgerechnet** und einzeln belegt werden müssen – das sichert ein hohes Maß an Schutz vor Manipulationen. Bei der Leistungsabnahme wird insbesondere darauf geachtet werden, dass sie einer nachprüfenden Kontrolle durch den **Rechnungshof** standhält.

Die Gesamtauftragssumme (inklusive aller Fremdkosten in der Höhe von 184.140 € durch Subauftragnehmer, darunter sind auch Menschen mit Behinderungen) beträgt 531.948,00 €. Es stehen somit noch **331.948,00 €** zur Auszahlung offen.

Zu Frage 9

Com_unit hat in Zusammenarbeit mit dem ORF am 5. Juni 2003 die **TV-Spot Präsentation** zum EJMB 2003 im ORF-Atrium organisiert (veranschlagte Kosten: 16.392 €). Weiters hat com_unit am 25. Juni 2003 das **Fachsymposium „Pflegevorsorge – gestern – heute – morgen“** im Austria Center Vienna organisiert und durchgeführt. Die Kosten sind mit 38.424 € veranschlagt, die Rechnungslegung ist noch nicht erfolgt.

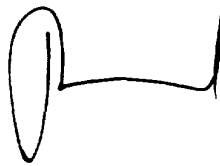
Zu Frage 10

Für die **Website** <http://www.gleichanders.at> sind 78.456 € veranschlagt, die Abrechnung steht noch aus. Die Leistungen com_units umfassen die Errichtung und Betreuung der Website durch 14 Monate. Die Website ist auch für blinde Menschen benützbar und entspricht dem höchsten technischen Standard für Barrierefreiheit.

Zu Frage 13

Bei Vorliegen entsprechender Beweise werde ich umgehend alle angemessenen **rechtlichen Schritte** in die Wege leiten.

Mit freundlichen Grüßen
Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'H' shape with a vertical line on the left and a horizontal line on the right, ending in a small vertical stroke.